

*Petra Buhr/Franz-Xaver Kaufmann*

## **Familie und Bevölkerungsentwicklung**

Der Zusammenhang zwischen Familie und Bevölkerungsentwicklung läßt sich auf zwei Ebenen, die makrosoziologischen und der mikrosoziologischen, darstellen. *Makrosoziologisch* geht es um die Frage nach dem Beitrag, den Familie als gesellschaftliches Teilsystem für die Aufrechterhaltung des gesamtgesellschaftlichen Lebens- und Leistungszusammenhangs erbringt, welches also die Funktion des Teilsystems »Familie« für das Gesamtsystem »Gesellschaft« ist. Auf diese Frage sind verschiedene Antworten möglich: Wir beschränken unsere Untersuchung auf diejenige Funktion, welche direkt über die Bevölkerungsentwicklung vermittelt ist, und bezeichnen sie als quantitative Nachwuchssicherung oder Reproduktion.

*Mikrosoziologisch* geht es um die Frage, inwieweit sich Zusammenhänge zwischen dem Auftreten oder auch spezifischen Eigenschaften familialer Lebensformen und jenen Ereignissen feststellen lassen, die als Einzelfälle in die Bevölkerungsstatistik eingehen: Geburten, Sterbefälle und Ortsveränderungen. Aus der Aggregation dieser Einzelfälle entstehen die statistischen Maße der Natalität, Mortalität und Migration, welche ihrerseits als Determinanten der Bevölkerungsentwicklung gelten. Damit ist bereits das wichtigste Bindeglied zur makrotheoretischen Betrachtungsweise angedeutet.

Die angemessene Verknüpfung von mikrotheoretischer, d. h. auf die Familie im Einzelfall gerichteter, und makrotheoretischer, d. h. auf die Familie als institutionalisiertes gesellschaftliches Teilsystem gerichteter Betrachtungsweise ist ein Zentralproblem gegenwärtiger Familiensoziologie, das in diesem Beitrag nicht entfaltet werden kann (vgl. *Schulze/Tyrell/Kinzler* in diesem Band). Ebenso wird die historische (vgl. *Mitterauer* in diesem Band) und demographische Entwicklung (vgl. *Höhn* in diesem Band) im wesentlichen vorausgesetzt. Das Schwergewicht dieses Beitrags liegt auf der Verknüpfung von familiensoziologischer und bevölkerungswissenschaftlicher Perspektive.

### **1. Familie – Bevölkerung – Gesellschaft**

Fragt man nach den Leistungen von Familie in gesellschaftstheoretischer und gesellschaftspolitischer Absicht, so lassen sich diese im wesentlichen auf vier gesamtgesellschaftliche Funktionen beziehen: (1) die quantitative Nachwuchssicherung oder Reproduktion der Bevölkerung, (2) die qualitative Nachwuchssicherung oder Sozialisation des Nachwuchses, (3) die Regeneration von Arbeitsvermögen und (4) die Stabilisierung der intergenerationellen Beziehungen. Mit Bezug auf die drei letztgenannten Funktionen wird von den Familien nur ein Teilbeitrag erwartet: Zur Sozialisation des Nachwuchses trägt z. B. auch das Bildungswesen, zur Regeneration von Arbeitsvermögen das Gesundheitswesen, zur Stabilisierung intergenerationeller Beziehungen das soziale Sicherungssystem bei. Die für die Reproduktion

der Bevölkerung erforderlichen Leistungen werden dagegen ausschließlich von der Familie erwartet: In allen bekannten Gesellschaften wird eine spezifische Verantwortung der Eltern, oder zumindest der Mutter, für den leiblichen Nachwuchs institutionalisiert. Kinderfarmen, Leihmütter oder geschäftsmäßige Adoptionsvermittlung »mit Umtauschrecht« als heute technisch mögliche Alternativen werden rechtlich und moralisch verurteilt. Adoptionsvermittlung, Pflegefamilien und Heimerziehung unterliegen staatlicher Aufsicht und werden allgemein als nur hilfswise Lösungen angesehen. Im Vergleich zu früheren Jahrhunderten erscheint die Verantwortung der leiblichen Eltern in Europa sogar gesteigert: Kindsaussetzung und Kindstötung sind zu marginalen Erscheinungen geworden, Väter und Mütter sterben kaum mehr vor dem Erwachsenwerden der Kinder, und die allgemein zugänglichen Möglichkeiten der Geburtenkontrolle scheinen die Norm »verantworteter Elternschaft« ebenfalls gestärkt zu haben. Selbst die zunehmende Häufigkeit von Schwangerschaftsunterbrechungen kann als Bestätigung der Norm verstanden werden, daß die leiblichen Eltern die Verantwortung für die geborenen Kinder zu übernehmen haben.

Der Zusammenhang von Familie und Bevölkerungsentwicklung ist somit von zentraler Bedeutung. Die für die Fortsetzung eines Sozialverbandes unerläßliche Nachwuchssicherung kann nur durch Fortpflanzung seiner Mitglieder oder durch die Sozialisation von Zuwanderern erfolgen. Dennoch unterliegt in der Bundesrepublik Deutschland die Erörterung bevölkerungspolitischer Fragen einer durch die Erblast nationalsozialistischer Rassen- und Selektionspolitik verständlichen Hemmung, die sich neuerdings durch den Konflikt zwischen emanzipatorischen Ansprüchen der Frauen und den demographisch wünschbaren Kinderzahlen erneuert. Seit Mitte der siebziger Jahre ersetzen nämlich die Geburten in der Bundesrepublik ihre Elterngeneration nur zu 60 bis 65 %, während nach vorherrschender Auffassung eine Bevölkerungsentwicklung, die sich um ein Reproduktionsniveau von 100 % – also dem stationären Gleichgewicht – bewegt, langfristig die geringsten Komplikationen mit sich bringt.

Stationäre Gleichgewichte haben schon aus rein ästhetischen Gründen eine gewisse Plausibilität, doch lassen sich auch gute Gründe gegen ein langfristiges stärkeres Bevölkerungswachstum (zumindest in dicht besiedelten Gebieten) wie auch gegen langfristig starke Bevölkerungsschrumpfung (insbesondere in wachstumsorientierten und hochverflochtenen Wohlfahrtsstaaten) anführen. Gegen das Bevölkerungswachstum fallen am stärksten wohl ökologische Argumente (*Meadows et al.* 1972), gegen den Bevölkerungsrückgang das Argument sich vermindernder sozialer Anpassungsfähigkeit trotz zunehmender Anpassungserfordernisse (*Kaufmann* 1975, 59 ff.; *Wagner* 1988) ins Gewicht.

Trotz seiner gesellschaftspolitischen Plausibilität wird das Reproduktionsniveau von 100 % derzeit in nahezu allen Ländern Europas deutlich unterschritten, allerdings nirgends so stark wie in der Bundesrepublik Deutschland. Während die niedrige Natalität der siebziger Jahre zunächst überwiegend als Depressionsphase eines zyklischen Schwankens um das Reproduktionsniveau des stationären Gleichgewichts interpretiert wurde, wie dies der Theorie des demographischen Übergangs entspräche (vgl. *Schmid* 1984), mehren sich neuerdings die Stimmen, die den

jüngsten Geburtenrückgang als ein unter den gegenwärtigen Strukturbedingungen irreversibles Phänomen einschätzen (*Linde* 1984; *Birg* 1987; *Höhn* in diesem Band). In der Tat sprechen gewichtige Argumente dafür, daß sich im Zuge der Modernisierung grundlegende Veränderungen in den Parametern der Bevölkerungsentwicklung ergeben haben. Ein säkularer Rückgang der Sterblichkeit hat um die Mitte des 18. Jahrhunderts eingesetzt: Während damals etwa die Hälfte aller Geborenen damit rechnen mußte, im Kindesalter zu sterben, trifft dies heute nur noch auf knapp 1% zu. Diese Selbstverständlichkeit des Überlebens einmal geborener Kinder dürfte zusammen mit der erst in den letzten Jahrzehnten gewachsenen Selbstverständlichkeit effektiver Geburtenkontrolle und im Horizont einer allgemeinen Tendenz zur Rationalisierung der Lebensverhältnisse nachhaltig zu einer überlegteren und planvolleren Haltung prospektiver Eltern hinsichtlich der Zahl ihrer Kinder beigetragen haben.

Vor diesem Hintergrund ändern sich heute auch die Forschungsfragen, welche an den Zusammenhang von Familie und Bevölkerungsentwicklung gerichtet werden. Die ältere bevölkerungswissenschaftliche Literatur suchte vor allem den Geburtenrückgang zu erklären. In den Vereinigten Staaten dominierte dabei eine behavioristische Forschungsrichtung, die der sozial unterschiedlichen Verbreitung sicherer Mittel der Geburtenkontrolle zentrale Bedeutung zuwies (vgl. *Schmid* 1979, 80ff.), während in Deutschland makrotheoretische Erklärungen (Industrialisierung, Verstädterung, Rationalisierung usw.) vorherrschten (*Loy* 1981).

In dem Maße jedoch, als die Entkoppelung von Sexualität und Fortpflanzung zur kulturellen Selbstverständlichkeit geworden ist, erscheint es ebenso normal, keine Kinder zu haben als Kinder zu bekommen. Wie der Rückgang der Heiratshäufigkeit und die Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften in jüngster Zeit deutlich machen, steht auch der Eheschluß mehr und mehr zur individuellen Disposition. Das Forschungsinteresse kann sich deshalb heute nicht mehr auf die Erklärung der Nachwuchsbeschränkung allein konzentrieren, vielmehr scheint die Frage, unter welchen Bedingungen noch stabile Partnerschaften entstehen und Erwachsene die Verantwortung für das Aufziehen eines oder mehrerer Kinder übernehmen, von gleichrangiger Bedeutung. Vieles spricht dafür, daß Familien mit Kindern »zur Lebensform einer Minderheit« (*Strohmeier* 1988, 58) werden.

## 2. Familie und generatives Verhalten

In der Bevölkerungslehre bezeichnet der Begriff des generativen Verhaltens »das Syndrom von Verhaltensweisen, das die Geburtenentwicklung einer Bevölkerung bestimmt« (*Mackensen* 1975, 82). Das Wort »Syndrom« deutet an, daß im einzelnen noch keineswegs klar ist, welche Verhaltensweisen die Geburtenentwicklung einer Bevölkerung beeinflussen. Sicher gehören hierzu nicht nur Zeugung und Fortpflanzung, sondern ebenso alle Verhaltensweisen, die zur Verhinderung von Geburten führen. Aber auch dies ist noch eine zu enge Perspektive, da sie den wichtigen Umstand vernachlässigt, daß sich Geburten – zumindest in Europa – normalerweise in stabilisierten, zumeist auch durch Eheschluß legalisierten Paarverbindungen

ereignen. Die Verfestigung der Partnerschaftsverhältnisse stellt deshalb ebenfalls einen Aspekt des generativen Verhaltens dar. Die Ansätze der Bevölkerungswissenschaft zur Erklärung dieser Phänomene orientieren sich regelmäßig an Aggregatdaten familialer Entwicklung (Eheschließungen, Geburten, Ehescheidungen und Verwitwungen), d.h. es werden im wesentlichen die rechtlich relevanten und amtlich registrierten Ereignisse aufsummiert und die Veränderung ihrer Häufigkeit wiederum durch Aggregatdaten zu erklären versucht. Das anspruchsvollste Projekt dieser Art war das »Princeton European Fertility Project« (Coale/Watkins 1986). Daraus können jedoch nur recht pauschale Erklärungen resultieren.

Soziologische Untersuchungen gehen in der Regel differenzierter vor, beschränken sich jedoch häufig auf die Untersuchung von Einzelaspekten des generativen Verhaltens und sind dann nicht in der Lage, die gesellschaftspolitisch interessanten Aggregateffekte zu erklären. Dafür fällt es der soziologischen Perspektive leichter, sich dem Erfahrungshorizont und den Situationsdefinitionen derjenigen anzunähern, deren Verhalten erklärt werden soll, nämlich der jungen Menschen, die vor der Entscheidung stehen, welchen Stellenwert sie einer »Familienkarriere« in ihren Lebensentwürfen einräumen wollen. Deren Situationsdefinitionen werden durch den Begriff des generativen Verhaltens völlig verfremdet.

»Individuen oder Paare verhalten sich nicht »generativ«, sie gründen vielmehr – bei Vorliegen bestimmter zu erforschender Bedingungen – einen gemeinsamen Haushalt, möglicherweise heiraten sie und bekommen – unter gleichfalls zu erforschenden Umständen – ein Kind, dem unter bestimmten Voraussetzungen weitere folgen mögen oder auch nicht« (Strohmeier 1988, 82f.).

Diese Bedingungen zu erklären, ist die zentrale neue Aufgabe einer an Bevölkerungsfragen orientierten Familiensoziologie (Kaufmann et al. 1982; 1984, 8ff.). Unter Familienentwicklung verstehen wir die gesellschaftstypischen Muster der Entstehung und Weiterentwicklung familialer Lebensformen. Und es spricht vieles dafür, daß diese Muster heute vielfältiger als vor einigen Jahrzehnten geworden sind. Demzufolge entsprechen auch die individuellen Familienkarrieren, d.h. die Sequenzen von Partnerschaft und Elternschaft, immer weniger einem einheitlichen Muster des »Familienzyklus«. Partnerbeziehungen werden häufiger abgebrochen und durch neue ersetzt, die Ankunft von Kindern kann vor oder nach dem Eheschluß erfolgen, die Zahl der nur von einem Elternteil und ggf. einem Stiefvater oder einer Stiefmutter erzogenen Kinder nimmt zu. Betrachtet man somit die Veränderungstendenzen der familialen Lebensformen in den letzten Jahrzehnten, so läßt sich Familienentwicklung als ein zunehmend kontingenter Prozeß kennzeichnen, im Rahmen dessen konkrete Lebensläufe immer weniger prognostizierbar, immer »aleatorischer« (Lüscher/Wehrspau 1986, 251f.) werden.

### 2.1. Demographische Perspektive: Die Komponenten der Natalität

Die von Jahr zu Jahr schwankenden Geburtenzahlen der amtlichen Statistik und auch die von Zeit zu Zeit beobachtbaren Trendveränderungen sind das aggregierte Ergebnis von mehreren Einflußfaktoren, zu deren genaueren Erfassung die Bevölkerungsstatistik differenzierte Maßzahlen entwickelt hat. Familiensoziologisch uninteressant sind die rein demographischen Komponenten, nämlich die Verände-

zung der Zahl bzw. des Anteils der Frauen im gebärfähigen Alter; dieser Einfluß ist in den meisten Fertilitätsmaßen bereits neutralisiert. Das aus familiensoziologischer Perspektive zentrale Fertilitätsmaß ist die Zahl der Geburten pro Frau eines bestimmten Lebensalters (altersspezifische Fruchtbarkeitsziffer), die sich entweder für ein bestimmtes Beobachtungsjahr (TFR: Total Fertility Rate, zusammengefaßte Geburtenziffer) oder für einen bestimmten Geburtsjahrgang der Frauen (CFR: Completed Fertility Rate, Kohortenfertilitätsrate) zusammenfassen lassen. Wie Schaubild 1 zeigt, ist das zeitpunktbezogene Querschnittsmaß TFR in den letzten

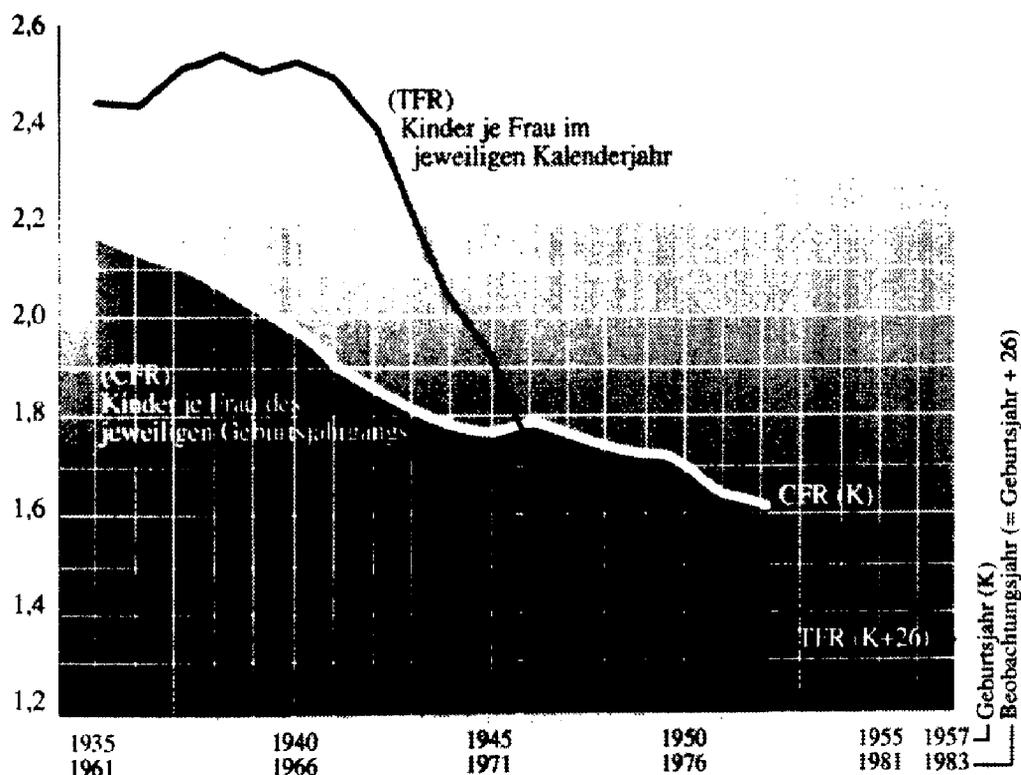


Schaubild 1: Asynchrone Entwicklung von kohortenspezifischen (CFR) und periodenspezifischen (TFR) Maßen der Fertilität

Quelle: BIRG/KOCH 1987, S. 88

zwei Jahrzehnten wesentlich stärker zurückgegangen als das kohortenspezifische Längsschnittsmaß CFR. In dieser Differenz kommen insbesondere Verschiebungen des mittleren Gebäralters zum Ausdruck, aber vermutlich auch eine weiter sinkende Fruchtbarkeit der jüngeren Frauenkohorten. Insgesamt zeigt sich ein deutlich abnehmender Trend der Kohortenfertilität seit dem Geburtsjahrgang 1935 der Frauen (vgl. Birg et al. 1984). Fragt man weiter zurück, so zeigt sich eine starke Abnahme der Kohortenfertilität bei den in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geborenen Frauen (»erster Geburtenrückgang«) und ein leichter Wiederanstieg der Kohortenfertilität bei den zwischen 1920 und 1932 geborenen Frauen (vgl. Schaubild 2).

Da in der Regel die Fruchtbarkeit der verheirateten Frauen wesentlich höher ist als diejenige der unverheirateten, und da der ganz überwiegende Teil aller Frauen im Laufe ihres Lebens mindestens einmal heiratet, konzentriert sich die demographische Analyse bisher auf die eheliche Fruchtbarkeit. Sie wird ebenfalls (1) bezogen

zung der Zahl bzw. des Anteils der Frauen im gebärfähigen Alter; dieser Einfluß ist in den meisten Fertilitätsmaßen bereits neutralisiert. Das aus familiensoziologischer Perspektive zentrale Fertilitätsmaß ist die Zahl der Geburten pro Frau eines bestimmten Lebensalters (altersspezifische Fruchtbarkeitsziffer), die sich entweder für ein bestimmtes Beobachtungsjahr (TFR: Total Fertility Rate, zusammengefaßte Geburtenziffer) oder für einen bestimmten Geburtsjahrgang der Frauen (CFR: Completed Fertility Rate, Kohortenfertilitätsrate) zusammenfassen lassen. Wie Schaubild 1 zeigt, ist das zeitpunktbezogene Querschnittsmaß TFR in den letzten

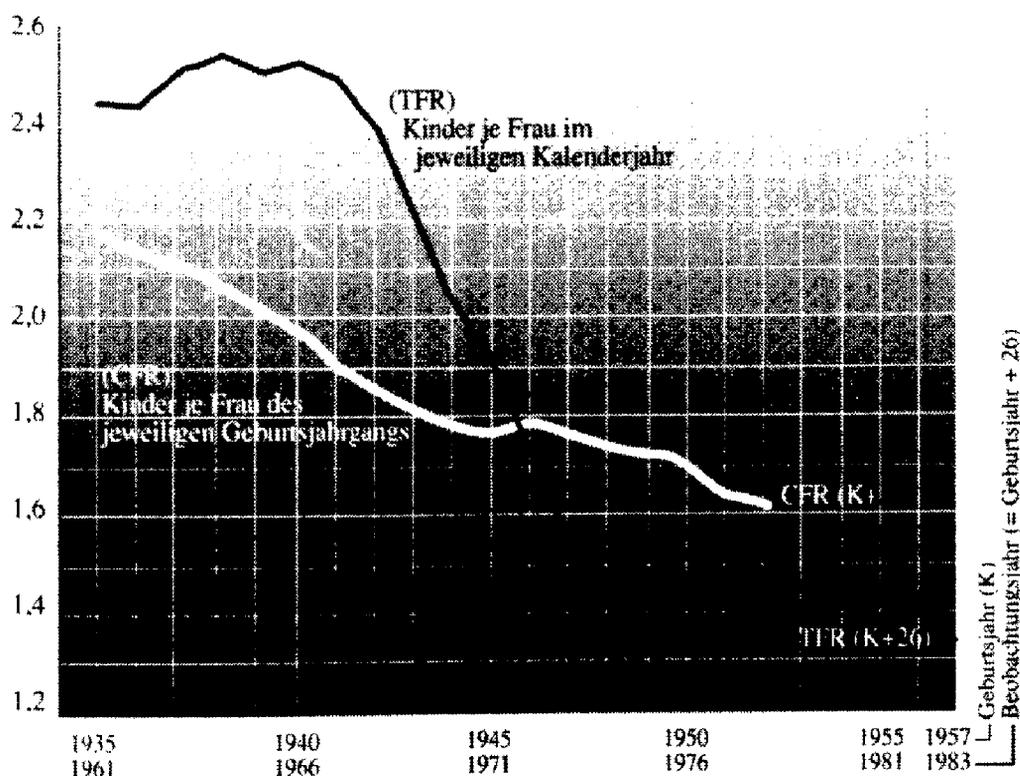


Schaubild 1: Asynchrone Entwicklung von kohortenspezifischen (CFR) und periodenspezifischen (TFR) Maßen der Fertilität

Quelle: BIRG/KOCH 1987, S. 88

zwei Jahrzehnten wesentlich stärker zurückgegangen als das kohortenspezifische Längsschnittsmaß CFR. In dieser Differenz kommen insbesondere Verschiebungen des mittleren Gebäralters zum Ausdruck, aber vermutlich auch eine weiter sinkende Fruchtbarkeit der jüngeren Frauenkohorten. Insgesamt zeigt sich ein deutlich abnehmender Trend der Kohortenfertilität seit dem Geburtsjahrgang 1935 der Frauen (vgl. Birg et al. 1984). Fragt man weiter zurück, so zeigt sich eine starke Abnahme der Kohortenfertilität bei den in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geborenen Frauen (»erster Geburtenrückgang«) und ein leichter Wiederanstieg der Kohortenfertilität bei den zwischen 1920 und 1932 geborenen Frauen (vgl. Schaubild 2).

Da in der Regel die Fruchtbarkeit der verheirateten Frauen wesentlich höher ist als diejenige der unverheirateten, und da der ganz überwiegende Teil aller Frauen im Laufe ihres Lebens mindestens einmal heiratet, konzentriert sich die demographische Analyse bisher auf die eheliche Fruchtbarkeit. Sie wird ebenfalls (1) bezogen

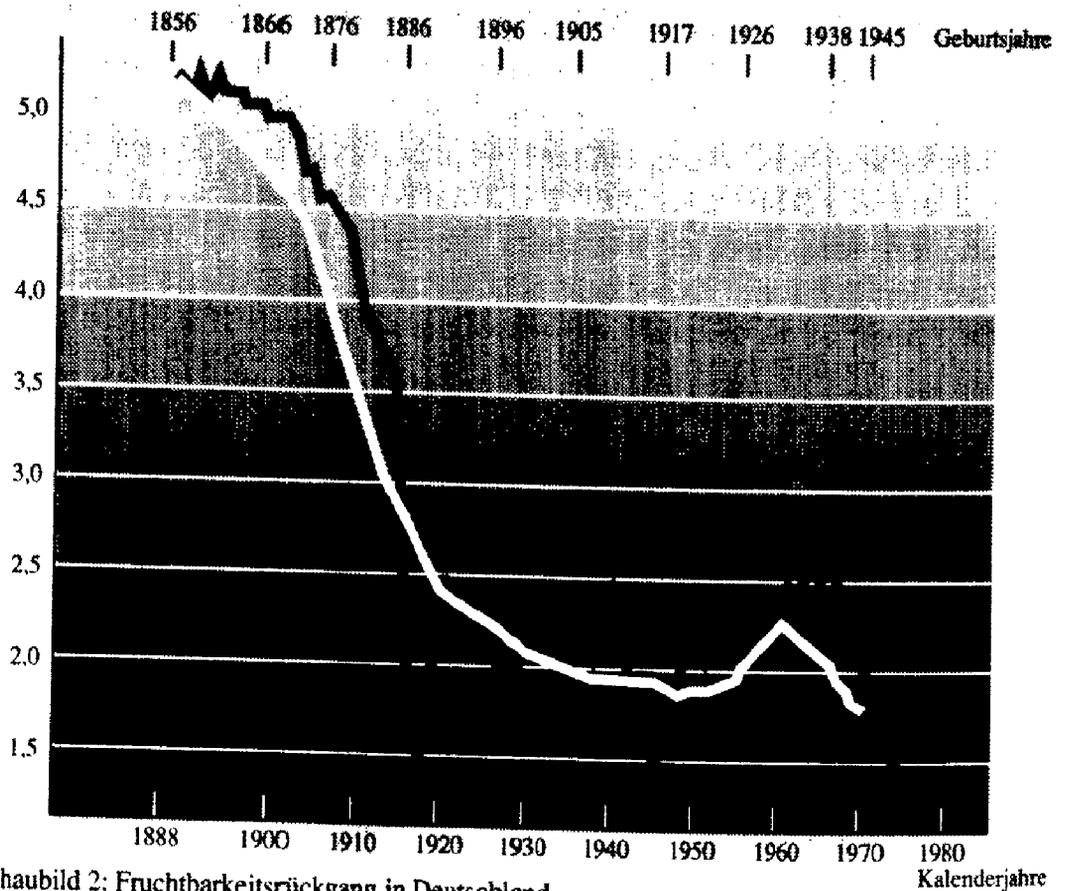


Schaubild 2: Fruchtbarkeitsrückgang in Deutschland

(Deutsches Reich und in der Bundesrepublik) 1888–1980<sup>a</sup>

Quelle: MARSCHALCK 1984, S. 186

<sup>a</sup> Gesamfruchtbarkeitsziffern (TFR) für Kalenderjahre und durchschnittliche Kinderzahlen (CFR) für Geburtsjahrgänge

auf die Geburten eines bestimmten Jahres als zusammengefaßte eheliche Geburtenziffer (Summe der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der verheirateten Frauen, welche in einem bestimmten Jahr ein Kind geboren haben) und (2) als Kohortenmaß (im Sinne der ehedauerspezifischen Fruchtbarkeitsziffern eines bestimmten Heiratsjahrgangs) ausgewiesen. Während die zusammengefaßte Geburtenziffer aller Frauen in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren um Werte von 1,3 oszillierte, liegt die zusammengefaßte Geburtenziffer der verheirateten Frauen bei 1,6 (vgl. Höhn/Schulz 1987, 147 vgl. auch Höhn in diesem Band); eine zusammengefaßte Geburtenziffer der unverheirateten Frauen wird bisher nicht ausgewiesen. Das aus familiensoziologischer Sicht auf den ersten Blick besonders aufschlußreiche Kohortenmaß der ehelichen Fruchtbarkeit verliert jedoch an Aussagefähigkeit, je größer der Anteil der vorehelich geborenen und nachträglich durch Eheschluß legitimierten Kinder und je höher der Anteil der Wiederverheiratungen ist, da es nur Auskunft über die mittlere Kinderzahl der bestehenden Ehen eines Heiratsjahrgangs gibt. Da die Fruchtbarkeit von Paaren mit mindestens einem mehr als einmal verheirateten Partner niedriger ist als diejenige der Ersten (Heckerens 1986), wird durch ihre Zunahme das Kohortenmaß reduziert; da andererseits kinderlose Paare sich häufiger scheiden lassen, wird durch diesen Vorgang das Kohortenmaß erhöht. Über das Gewicht der sich z. T. kompensierenden Einflüsse ist bisher nichts bekannt. Bemerkenswerterweise scheint die kohortenspezifische eheliche Fruchtbarkeit seit dem Heiratsjahrgang 1977 wieder etwas anzusteigen (Höhn/Schulz 1987, 148f.), ein Trend, der durch die Analyse des Geburtenanstiegs in 1986 und 1987 wahrscheinlich bestätigt werden wird.

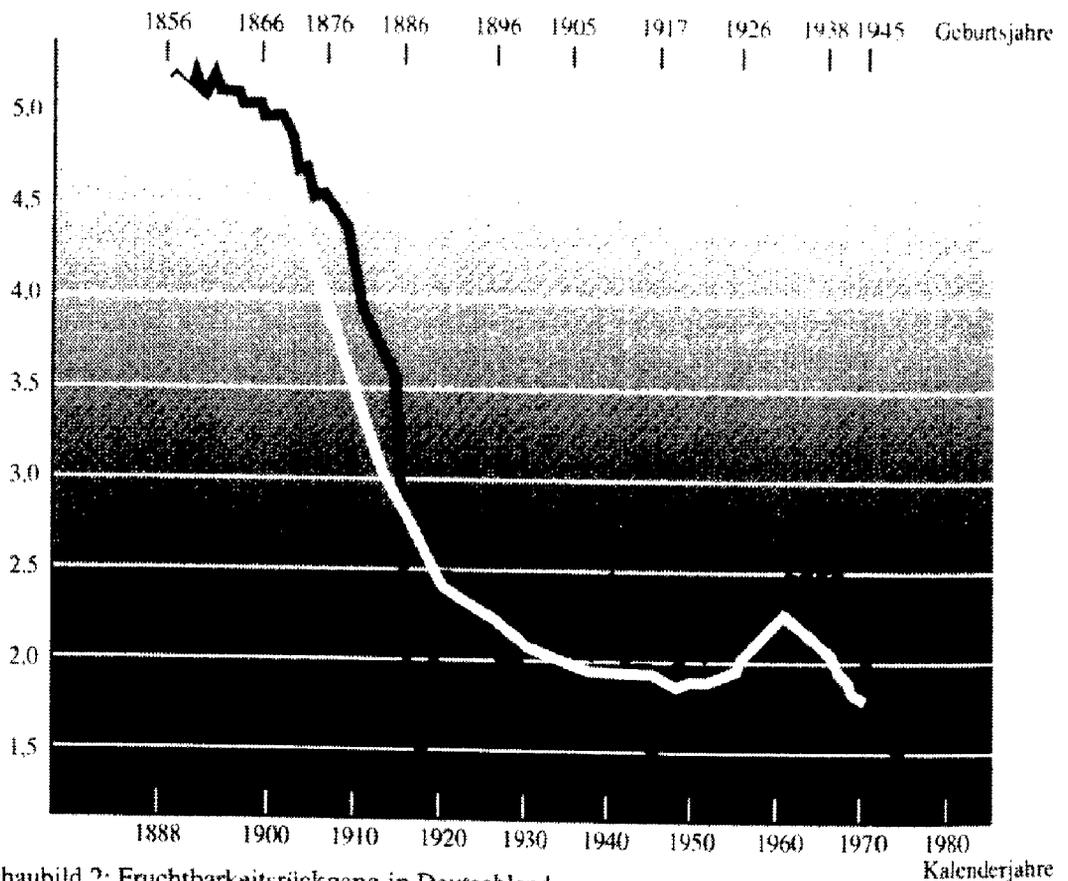


Schaubild 2: Fruchtbarkeitsrückgang in Deutschland

(Deutsches Reich und in der Bundesrepublik) 1888–1980<sup>a</sup>

Quelle: MARSCHALCK 1984, S. 186

<sup>a</sup> Gesamtfruchtbarkeitsziffern (TFR) für Kalenderjahre und durchschnittliche Kinderzahlen (CFR) für Geburtsjahrgänge

auf die Geburten eines bestimmten Jahres als zusammengefaßte eheliche Geburtenziffer (Summe der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der verheirateten Frauen, welche in einem bestimmten Jahr ein Kind geboren haben) und (2) als Kohortenmaß (im Sinne der ehedauerspezifischen Fruchtbarkeitsziffern eines bestimmten Heiratsjahrgangs) ausgewiesen. Während die zusammengefaßte Geburtenziffer aller Frauen in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren um Werte von 1,3 oszillierte, liegt die zusammengefaßte Geburtenziffer der verheirateten Frauen bei 1,6 (vgl. Höhn/Schulz 1987, 147 vgl. auch Höhn in diesem Band); eine zusammengefaßte Geburtenziffer der unverheirateten Frauen wird bisher nicht ausgewiesen. Das aus familiensoziologischer Sicht auf den ersten Blick besonders aufschlußreiche Kohortenmaß der ehelichen Fruchtbarkeit verliert jedoch an Aussagefähigkeit, je größer der Anteil der vorehelich geborenen und nachträglich durch Eheschluß legitimierten Kinder und je höher der Anteil der Wiederverheiratungen ist, da es nur Auskunft über die mittlere Kinderzahl der bestehenden Ehen eines Heiratsjahrgangs gibt. Da die Fruchtbarkeit von Paaren mit mindestens einem mehr als einmal verheirateten Partner niedriger ist als diejenige der Erstehen (Heckerens 1986), wird durch ihre Zunahme das Kohortenmaß reduziert; da andererseits kinderlose Paare sich häufiger scheiden lassen, wird durch diesen Vorgang das Kohortenmaß erhöht. Über das Gewicht der sich z. T. kompensierenden Einflüsse ist bisher nichts bekannt. Bemerkenswerterweise scheint die kohortenspezifische eheliche Fruchtbarkeit seit dem Heiratsjahrgang 1977 wieder etwas anzusteigen (Höhn/Schulz 1987, 148f.), ein Trend, der durch die Analyse des Geburtenanstiegs in 1986 und 1987 wahrscheinlich bestätigt werden wird.

Die zunehmende Differenz zwischen ehelicher und allgemeiner Geburtenziffer ist nicht nur vom Verhältnis zwischen ehelicher und nichtehelicher Fertilität abhängig, sondern auch von der Heiratsneigung. Solange die Heiratsneigung niedrig bleibt, sinkt der Anteil der verheirateten Frauen weiter, so daß die Differenz zwischen ehelichen und allgemeinen Fertilitätswerten sich noch vergrößern dürfte. Veränderungen der ehelichen Fruchtbarkeit, der Heiratsneigung und der nichtehelichen Fruchtbarkeit bedürfen daher grundsätzlich einer getrennten Analyse, doch kann dies hier angesichts des stark auf die eheliche Fruchtbarkeit konzentrierten Forschungsstandes im folgenden nur ansatzweise geschehen.

Als letzter demographischer Erklärungsfaktor für Schwankungen der Geburtenhäufigkeit ist die Variation des Heirats- und des Gebäralters der Frauen zu erwähnen. Diese Variationen erklären einen großen Teil der in der Geburtenstatistik immer wieder beobachtbaren mittelfristigen Schwankungen. Sinkt das durchschnittliche Heiratsalter, so ist unter sonst gleichbleibenden Bedingungen eine Massierung der Geburten verschiedener Heiratskohorten die Folge – so entstand im wesentlichen der »Babyboom« der fünfziger und sechziger Jahre. Steigt das durchschnittliche Heiratsalter, so liegen die beobachtbaren Geburtenzahlen unterhalb des längerfristig erwartbaren Niveaus, das ist in der Bundesrepublik seit 1975 der Fall. Ähnliches ergibt sich, wenn sich die Geburtenabstände und damit das mittlere Gebäralter ändern. Obwohl auch diese Phänomene Gegenstand soziologischer Erklärungen werden könnten, haben sie bisher wenig Beachtung gefunden (für Ansätze vgl. Heilig 1985; Scheller 1985; Voss/Mayer 1987).

## 2.2. Eheliche Fruchtbarkeit: soziologische Perspektive

Während in der frühen Neuzeit, ja bis weit ins 19. Jahrhundert rechtliche und faktische Eehindernisse einen erheblichen Teil der Bevölkerung von der Ehe ausschlossen (Mitterauer/Sieder 1977, 148ff.; Matz 1980), haben die sozialen Entwicklungen im 20. Jahrhundert zunächst zu einer Verallgemeinerung des Eheschlusses und auch zu einer weitgehenden Angleichung und Entdifferenzierung der Familienhaushalte geführt. Dies führte zu einer langfristigen Abnahme der nichtehelichen Fruchtbarkeit, erhöhte aber tendenziell die Zahl der ehelich geborenen Kinder, kompensierte also teilweise die Reduktion der durchschnittlichen Kinderzahl pro Ehe. Dabei haben sich die im 19. Jahrhundert sehr erheblichen Unterschiede der ehelichen Fruchtbarkeit nach sozialen Gruppen (Rosenbaum 1982) stark eingeebnet (Rothenbacher 1987). Der moderne Familienhaushalt besteht außerhalb der Landwirtschaft im wesentlichen nur aus den Eltern und ihren leiblichen Kindern. Vor allem in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg wurde diese Lebensform nahezu universal (vgl. auch Höhn in diesem Band; hier sind vornehmlich auch europäische Vergleichszahlen zu finden [Hg.]). Nach der Heiratstafel für 1960/62 heirateten 96 Prozent der Männer und 95 Prozent der Frauen mindestens einmal, nach der Heiratstafel 1910/11 waren es je 86 Prozent (Höhn et al. 1980, 207). Da auch Verwitwungen und Ehescheidungen zu jener Zeit sehr niedrige Werte erreichten und der Anteil der Wiederverheiratungen groß war, lebten 1970 92 Prozent der vierzig- bis fünfzigjährigen Männer und 87 Prozent der

dreißig- bis vierzigjährigen Frauen in einer Ehe (Höhn et al. 1980, 221). Zudem lag die kohortenspezifische Fertilität der zu jenem Zeitpunkt im gebärentensivsten Alter stehenden Frauen höher als diejenige der vorangehenden Kohorten (Schaubild 2). All diese Faktoren gemeinsam bewirkten den »Babyboom« zwischen 1955 und 1965. Ähnliche Phänomene ließen sich auch in den meisten übrigen Bevölkerungen Europas beobachten.

Alle Indikatoren deuten somit für die sich an die unmittelbare Nachkriegszeit anschließende Rekonstruktionsepoche auf eine sehr stabile, ja wahrscheinlich im Vergleich zur Zwischenkriegszeit konsolidierte Familienverfassung hin. Es spricht daher vieles dafür, daß der jüngste Geburtenrückgang seit 1965 nicht unter dem Gesichtspunkt säkularer Trends interpretiert werden sollte, »die im Modell der modernen, privatisierten Kernfamilie von Anbeginn impliziert waren«. Was »sich in der jüngsten Vergangenheit . . . abzeichnet, (entspricht) offenbar nicht mehr diesem langfristigen Entwicklungsmuster. Vielmehr sind »neue« Verhaltensmuster, Ansprüche und Impulse sichtbar geworden« (Schumacher/Vollmer 1982, 269).

Die vielfältigen differenzierten demographischen Analysen dieses »zweiten Geburtenrückgangs« lassen erkennen, daß in einer ersten Phase (1962–1972) die Zahl der Heiraten infolge der Verringerung der Kohortenbestände im heiratsintensivsten Alter zurückgingen. Gleichzeitig verminderte sich die Häufigkeit kinderreicher Familien drastisch:

»Der Prozeß der Verhaltensänderung setzte bei den Geburten höherer Ordnung ein und breitete sich stufenweise auf die Geburten niedrigerer Ordnung aus. Bei der Generation von 1936 lag die Häufigkeit von Geburten vierter und höherer Ordnung um 8 v. H. unter der entsprechenden Häufigkeit der vorangegangenen Generation von 1935. Ab der Generation von 1939 begann sich die Abnahme der Geburtenhäufigkeit dritter Kinder zu beschleunigen und ab der Generation von 1940 die der zweiten Kinder. Obwohl der Prozeß des Rückgangs bei der ältesten Generation einsetzte und nach und nach auf die jüngeren Generationen übergriff, wirkte sich die Verhaltensänderung bei allen Generationen nahezu gleichzeitig aus« (Birg et al. 1984, 24f.).

Diese kumulative Wirkung kohortenspezifischer Veränderungen erklärt den besonders drastischen Rückgang der Geburten zwischen 1966 und 1972. In der Folge beschleunigte sich der Rückgang der Eheschließungen bis 1978 und stieg nur unwesentlich wieder an, obwohl geburtenstärkere Jahrgänge nunmehr ins heiratsintensivste Alter traten. In dieser zweiten Phase ist die Verminderung der Heiratshäufigkeit auf eine Änderung des Heiratsverhaltens, nicht auf demographische Faktoren zurückzuführen. Auch die fortgesetzt niedrigen Geburtenzahlen sind nun nicht mehr eine Folge weiter absinkender ehelicher Fruchtbarkeit, sondern eine Folge der gesunkenen Heiratshäufigkeit.

Der jüngste Geburtenrückgang hat eine Vielzahl theoretischer Spekulationen und empirischer Untersuchungen zum »generativen Verhalten« ausgelöst, wobei dieser Begriff hier de facto auf die eheliche Fruchtbarkeit reduziert wurde. Überblicke über den Stand der internationalen Forschung geben Andorka (1978) und Kiefl/Schmid (1985). Andorka resümiert das Ergebnis seiner gründlichen Studie wie folgt:

»Thus income residence and employment of women seem to have a direct effect on fertility – not only by influencing social norms, values and attitudes, but also by directly influencing the decisions of individual couples when they decide their number of children within the limits set by the norms and values accepted in the given society. On the other hand, all the other

determinants of fertility treated in this book – i. e. socioeconomic status (and its change i. e. social mobility), education, religious denomination and the intensity of religiousness, ethnicity and similar cultural characteristics – seem to have only an indirect impact on fertility, through shaping and changing the norms, values and attitudes held by societies and social groups concerning the number of children« (1978, 380).

Er betont weiterhin, daß auch in entwickelten Gesellschaften mit einem vergleichsweise diffusen Wert- und Normensystem der Einfluß sozialer Normen, Werte und Einstellungen groß sei, soweit diese durch Bezugsgruppen der Ehepaare vermittelt würden.

*Kiefl* und *Schmid* üben vor allem Kritik am vorliegenden Forschungsstand, an den theoretischen Ausgangspunkten ebenso wie an den eingesetzten Methoden. Sie plädieren für aufwendigere, mehrere Forschungsmethoden kombinierende Untersuchungsdesigns und für Längsschnittstudien (1985, 346 ff.).

Trotz eines enormen Forschungsaufwandes ist das Ergebnis insbesondere der mit unterschiedlichsten (bevölkerungsstatistischen, ökonomischen, historischen, soziologischen und psychologischen) Methoden durchgeführten empirischen Untersuchungen wenig ergiebig. Aber auch ein erheblicher Teil der theoretischen Erklärungsansätze konzentriert sich allzusehr auf partielle (so vor allem die mikrotheoretischen Ansätze) oder auf sehr allgemeine Zusammenhänge (so die meisten makrotheoretischen Erklärungen). Plausibilität können nur Erklärungsansätze für sich beanspruchen, in denen makrotheoretische und mikrotheoretische Erklärungen kohärent verknüpft werden. Dies wird in jüngsten Untersuchungen zwar angestrebt, doch liegen noch wenige gesicherte Ergebnisse vor.

Die Verfeinerungen der bevölkerungsstatistischen Analysemethoden erlauben uns zwar eine immer genauere Beschreibung der Veränderungen verschiedener Dimensionen des generativen Verhaltens, aber sie tragen zu einer Erklärung wenig bei, da die »interessanten« Erklärungsfaktoren nicht-demographischer Art sind. Korrelationsstatistische Untersuchungen mit Indikatoren der Wirtschafts- und Sozialstatistik liefern zwar nicht selten plausible Ergebnisse, aber nur hinsichtlich sehr partieller Zusammenhänge. Umfangreiche Untersuchungen liegen insbesondere im Hinblick auf den Zusammenhang von Familieneinkommen und Kinderzahl vor. Die scheinbar widersprüchlichen Ergebnisse sind u. E. zu differenzieren. Nur unter der Voraussetzung, daß die Frau zum Familieneinkommen nicht beiträgt, kann eine positive Korrelation zwischen Einkommen und Kinderzahl plausibel gemacht werden. Wenn jedoch, wie dies für die jungen Paare in der Bundesrepublik nahezu selbstverständlich geworden ist, zunächst beide Partner zum Familieneinkommen beitragen, ist der mit der Ankunft von Kindern verbundene Verzicht auf »Erwerbsarbeit« zugunsten von »Familienarbeit« mit erheblichen Einkommenseinbußen verbunden, die gegenwärtig durch die Steuer- und Sozialgesetzgebung auch nicht annähernd kompensiert werden. Bei ausreichend genauer Abgrenzung der Familienhaushalte in der Aufbauphase läßt sich nicht nur ein sinkendes Pro-Kopf-Einkommen, sondern auch ein der absoluten Höhe nach sinkendes Familieneinkommen mit zunehmender Kinderzahl beobachten (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 1986; *Buhr* et al. 1987, 9 ff.).

In den fortgeschrittenen Varianten der »ökonomischen Theorie des generativen

Verhaltens« (vgl. *Zimmermann* 1986) wird dem Gesichtspunkt entgangener Einkommensbestandteil unter dem Begriff der »Opportunitätskosten« Rechnung getragen. Grundgedanke dieser Theorien ist die Vorstellung, daß »generative Entscheidungen« das Resultat von Kosten-Nutzen-Abwägungen sind, wobei sowohl materielle wie immaterielle (z. B. »Wert von Kindern«) Faktoren postuliert werden. In seiner anspruchsvollsten, von *Easterlin* (1969) vorgetragenen Version berücksichtigt dieser Ansatz auch langfristige Einkommenserwartungen und soziale Einflüsse (z. B. des Elternhauses auf das »Anspruchsniveau« prospektiver Eltern). Dadurch wird es grundsätzlich möglich, generatives Verhalten in schlüssiger Weise mit gesamtwirtschaftlichen Wechsellagen in Beziehung zu setzen. Die bisherigen empirischen Überprüfungsversuche der Theorie haben aber zu keinen überzeugenden Ergebnissen geführt (*Vorholt* 1984).

Wenig überzeugende Resultate hat auch die sozialpsychologisch orientierte »Kinderwunschforschung« der siebziger Jahre erbracht (*Jürgens/Pohl* 1975; *Rosenstiel* 1980; *Oppitz* 1984; *Hoffmann-Nowotny et al.* 1984). Obwohl bei der Verwendung von Durchschnittswerten eine starke Kovariation von Kinderwünschen und beobachteter Fertilität besteht, erweisen sich Kinderwünsche – sobald sie von der gesellschaftlichen Zwei-Kinder-Norm abweichen – als hochgradig instabil und damit als untauglicher Indikator des generativen Verhaltens (*Strohmeier* 1985, 19). Dennoch haben sozialpsychologische Forschungen eine Reihe erklärungskräftiger Einstellungsdimensionen zutage gefördert.

*Kaufmann et al.* (1982, 1984, 1988) haben aus dieser Forschungslage den Schluß gezogen, daß Hypothesen über generativ relevante Verhaltensweisen nur im Rahmen von Paneluntersuchungen und mit Hilfe komplexer Erklärungsmodelle angemessen geprüft werden können. Sie konnten zeigen, daß die unterschiedlichen Lebensorientierungen junger Menschen, insbesondere die Spannung zwischen Familien- und Berufsorientierung, aber auch die Dynamik der Partnerschaftsbeziehungen selbst wesentliche Erklärungsmomente der Familienentwicklung sind (bes. *Simm* 1987). Ferner bestätigte sich die Vermutung, daß sich für die Ankunft erster, zweiter und dritter Kinder unterschiedliche Bedingungskonstellationen als erklärungskräftig erweisen (bes. *Grunwald et al.* 1988). Ein direkter Einfluß ökonomischer Variablen ließ sich dabei nicht nachweisen, doch zeigten Untersuchungen zur Lebenslage junger Familien die vielfältigen Spannungen und Belastungen, denen heute junge Paare ausgesetzt sind (bes. *Buhr et al.* 1987). Sie beeinflussen das generative Verhalten wohl eher indirekt über die sinkende Attraktivität familialer Lebensformen.

Am aussichtsreichsten erscheinen heute Erklärungsansätze, welche historische, soziologische, ökonomische und sozialpsychologische Hypothesen und damit unterschiedliche makro- und mikrotheoretische Erklärungsniveaus miteinander zu verbinden suchen. Ins Zentrum der Analysen rücken dabei institutionelle Veränderungen, welche die Vorteils-/Nachteilsbalance des Kinderhabens zu beeinflussen geeignet sind.

Eine umfassende historisch-soziologische Erklärung des säkularen Geburtenrückgangs in Europa hat *H. Linde* (1984) unternommen. Er geht dabei von der parallelen Einwirkung sozio-ökonomischer und sozio-kultureller Veränderungen

aus. *Linde* nennt in diesem Zusammenhang drei historisch sukzessiv wirksam werdende sozio-ökonomische Veränderungen:

- (1) Die Ausgliederung der Erwerbstätigkeit aus dem Familienhaushalt;
- (2) die Entstehung und der Ausbau des sozialen Sicherungssystems;
- (3) die aus den Erfordernissen der kapitalintensiven Massenproduktion unter Konkurrenzbedingungen resultierende Überflutung mit neuen Konsumofferten.

Unter den sozio-kulturellen Einflüssen betont *Linde* die Moralisierung des Familienlebens im Gefolge von Reformation und Gegenreformation als Voraussetzung einer Intimisierung der Eheauffassung und verstärkter Rücksichtnahme auf die Gesundheit der Mütter sowie der Wertschätzung der Qualität von Kindern. Entgegen den Intentionen der Kirchen führte diese Moralisierung in der Konsequenz zu einer nachwuchsbeschränkenden Disposition.

Ergänzt man die Analyse *Lindes* durch den Hinweis, daß nicht schon die Ausgliederung der Erwerbstätigkeit aus dem Familienhaushalt, sondern erst das daraus resultierende Verbot der Kinderarbeit und die komplementäre Einführung der allgemeinen Schulpflicht das Kinderkalkül der Eltern grundsätzlich geändert haben, so kann sein Ansatz zur Erklärung des »ersten Geburtenrückgangs« hohe Plausibilität beanspruchen. Mit der Einführung des Individuallohns und dem Verbot der Kinderarbeit wurden die Kinder für die Eltern ohne eigenen Betrieb zu ausschließlichen Kostenfaktoren. Und in dem Maße, als der Ausbau der Sozialpolitik zu einer Kollektivierung der Alterssicherung und zu einer Familialisierung der Kinderaufzucht geführt hat, wie dies insbesondere für die deutsche Sozialpolitik (im Unterschied zur französischen) charakteristisch ist, wurde ein höchst wirksamer geburtenbeschränkender Umverteilungsmechanismus wohlfahrtsstaatlich institutionalisiert (*Kaufmann* 1988a).

Für die Erklärung des »zweiten Geburtenrückgangs« hält *Linde* einen dritten nachwuchsbeschränkenden Faktor für besonders wirksam, der mit der allgemeinen Wohlstandssteigerung der letzten Jahrzehnte zu tun hat. Entscheidend scheint ihm allerdings nicht die Wohlstandssteigerung selbst und die damit möglicherweise verbundene Zunahme hedonistischer Orientierungen, sondern die Vervielfältigung der miteinander konkurrierenden, sich laufend akkumulierenden und

»für ›alle‹ als erreichbar konzipierte(n) Offerten (von Waren, Dienstleistungen und durch beides gestützte Entwürfe von bis dahin unbekanntem, unvorhergesehenem und daher auch nicht nachgefragten Aktivitäten), welche für die Nachfrager zu individuell selektierten, aber auch sozial bewerteten Möglichkeiten der Selbstdarstellung und der Partizipation kombinierbar sind. Diese systemadäquate Überflutung mit neuen Offerten veranlaßt zu ständiger marktorientierter Modifikationsbereitschaft der persönlichen Optionen und zur Umdisposition der Ressourcen zu ihrer Verwirklichung – und scheut deren langfristig irreversible Festlegung, hier in ›Nachwuchs‹ oder allgemeiner ›Familie‹ und neuerdings auch schon ›Ehe‹ (1984, 148).

Daß die Erweiterung des Möglichkeitshorizonts die Bereitschaft zu langfristigen Festlegungen beeinträchtigt, scheint neuerdings zu einem Kernargument der soziologischen Erklärung des jüngsten Geburtenrückgangs zu werden. Traditionellerweise unterlagen Eheschluß und Legitimität des Nachwuchses starken sozialen Kontrollen sowohl von Seiten der Verwandtschaft, als auch der Nachbarschaft und

des Grundherrn bzw. der politischen Autorität. Aber auch die Partnerwahl selbst war durch ständische, räumliche und ökonomische Restriktionen stark eingeschränkt. Mit der verfassungs- und zivilrechtlichen Gewährleistung der Ehefreiheit und der wachsenden Mobilität vergrößerten sich zunächst die Chancen der Eheschließung, und mit der allmählichen Einebnung der Standes- und der Klassenunterschiede erweiterten sich die Kreise potentieller Ehepartner. Unter dem Einfluß kirchlicher Traditionen und einer vor allem durch die Romantik propagierten Intimisierung und Emotionalisierung der Partnerschafts- und Familienbeziehung vermochte sich in Verbindung mit dem langfristigen Wohlstandsgewinn in allen Bevölkerungskreisen zunächst der Typus der »ausdifferenzierten Gattenfamilie« als neuer Familientypus zu stabilisieren. Entgegen den seit Mitte des 19. Jahrhunderts fortgesetzten Behauptungen über eine »Krise der Familie« haben somit die familialen Zusammenhänge seit Beginn der Neuzeit aufs Ganze gesehen an sozialer Stabilität zunächst gewonnen. Dies wird deutlich, wenn wir die Konstituierung des modernen Typus der privatisierten »Normalfamilie« als Ergebnis eines strukturellen und funktionalen Differenzierungsprozesses von Gesellschaft begreifen. Moderne Gesellschaften stabilisieren sich – wie zuerst *Emile Durkheim* herausgearbeitet hat – durch funktionale Differenzierung und wechselseitige Abhängigkeit der ausdifferenzierten Teilbereiche. Dieser Gedanke wurde von *T. Parsons* weiterentwickelt und bildet die Grundlage für zahlreiche neuere familiensoziologische Erklärungsansätze (*Kaufmann 1975a; Tyrell 1976, 1979; Schumacher/Vollmer 1982; Schulze 1985*). Aber dies ist nur ein makrotheoretischer Ansatz, der zwar die »Funktionalität« der auf Kindererziehung, emotionale Stabilisierung der Familienmitglieder, wechselseitige Hilfe und gemeinsame Haushaltsführung spezialisierten, selbständig wohnenden Kernfamilie belegt, aber noch keineswegs erklärt, daß und warum junge Menschen sich entschließen müssen, diese Lebensform zu wählen. Strenge Funktionalisten werden hier argumentieren, daß eine Gesellschaft in der Aufrechterhaltung ihrer Gleichgewichtsbedingungen immer dafür sorgen werde, daß diese Lebensform attraktiv genug sei, aber zumindest die empirische Evidenz des letzten Jahrzehnts läßt in dieser Hinsicht starke Defizite erkennen. Warum also, so müssen wir fragen, sind in jüngster Zeit familiäre Lebenszusammenhänge im Sinne des herkömmlichen, durch Ehe und Kinder bestimmten Familienbegriffs weniger attraktiv (Rückgang der Heiratshäufigkeit), weniger stabil (Zunahme der Scheidungshäufigkeit) und weniger »produktiv« (Geburtenrückgang) geworden? Zwei komplementäre Erklärungsansätze – die Deinstitutionalisierungsthese und die Überlastungsthese – bieten sich hier an: Von Deinstitutionalisierung kann insbesondere im Bereich der Partnerschaftsbeziehungen gesprochen werden:

»Partnerwahl, aber auch die zeitlich nachfolgenden (oder ausbleibenden) Entscheidungen wie Verlobung, Eheschließung, generatives Verhalten, schließlich Trennungen und Scheidungen folgen immer weniger sozial vorgezeichneten und verbindlichen Mustern. Der individuelle Entscheidungsbereich wird immer größer – immer weniger ist sozial ausgeschlossen, Korrekturen der Partnerwahl stehen immer weniger unter Legitimationsdruck, und jeder ist sich darüber auch im klaren. In dem Maße, in dem sich »Liebe« als Regelungsmechanismus von Partnerschaften immer weiter durchsetzt, ist diese Entwicklung zwangsläufig. Denn über das Gelingen oder das Scheitern emotionaler Beziehungen können außenstehende Instanzen nicht entscheiden. Der stattdessen zum Tragen kommende Mechanismus der rein individuellen

Dezision erzeugt für den einzelnen zum einen sicherlich höhere Chancen auf ›Glück‹, andererseits wächst bei jeder Handlung auch das Risiko, hinter selbstgesetzten Zielen zurückzubleiben« (Schumacher/Vollmer 1981, 499).

Man kann also die moderne Ehe und Familie als Zumutung an die Partner begreifen, ihre Beziehung selbst »zu institutionalisieren«, und zwar angesichts einer zunehmenden Pluralisierung der Lebensstile und der außerfamilialen Optionen.

Die Überlastungsthese betont demgegenüber das Weiterwirken institutioneller Vorgaben und wirksamer normativer Selbstverpflichtungen, insbesondere was die Elternschaft betrifft. Allenfalls unterliegt somit Ehe, nicht jedoch Familie einem Deinstitutionalisierungsprozeß. Der Wunsch nach einer gelingenden Ehe und eigener Familie bleibt als dominante Wertorientierung erhalten (vgl. Köcher 1985), aber seine Realisierbarkeit wird für weniger wahrscheinlich gehalten, er wird daher idealisiert. Die Überlastung mit Entscheidungszumutungen und ebenso die nachweisliche ökonomische Benachteiligung von Familien lassen das Gelingen einer »Familienkarriere« unwahrscheinlicher erscheinen und die Widerrufbarkeit oder zeitliche Befristung persönlicher Verpflichtungen zu einer strategischen Maxime werden. »Selbstverwirklichung gerät unter solchen Bedingungen zur Legitimationsformel der Relativierung aller sozialen Verbindlichkeiten« (Kaufmann 1988, 408). Empirisch prüfen lassen sich solche gesellschaftstheoretischen Hypothesen am ehesten mit Hilfe eines biographietheoretischen Ansatzes, wie er gegenwärtig von Birg (1987) entwickelt wird.

### 2.3. Nichteheleiche Fruchtbarkeit

Unter den skizzierten Bedingungen scheint es a priori plausibel, daß der Anteil der nichtehelichen Geburten zunimmt. In der Tat ist in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren für einige Länder eine »Verschiebung von der ehelichen zur unehelichen (bzw. vorehelichen) Fertilität« (Kytir/Münz 1986, 16) zu beobachten. So werden in Schweden, Dänemark und Island heute über 40% aller Kinder außerhalb einer Ehe geboren; auch Österreich weist eine Nichteheleichenquote von über 22% auf, allerdings mit starken regionalen Unterschieden. Relativ niedrig sind dagegen die Nichteheleichenquoten in den Mittelmeerländern, aber auch in Irland, Belgien, den Niederlanden und der Schweiz. Die Bundesrepublik Deutschland lag 1983 mit knapp 9% noch niedriger als Norwegen, England, Frankreich oder auch die USA (vgl. Chesnais 1985, 54).

In jüngster Zeit beginnt sich die Demographie der Analyse nichtehelicher Fruchtbarkeit anzunehmen. Der Anteil nichtehelicher Geburten an allen Lebendgeburten, also die Nichteheleichenquote, sagt über die Entwicklung der nichtehelichen Fruchtbarkeit selbst wenig. Dagegen ist die nichteheliche Fruchtbarkeitsrate (nicht-ehelich Geborene pro 1000 unverheiratete Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren) ein »echter Indikator für die Wahrscheinlichkeit, mit der unverheiratete Frauen Kinder zur Welt bringen« (Haslinger 1982, 2). In der Bundesrepublik ging bei gestiegener Nichteheleichenquote zwischen 1961 und 1981 die nichteheliche Fruchtbarkeit um 25% zurück (Schwarz 1984, 6; vgl. auch Proebsting 1986), also weniger stark als die eheliche Fruchtbarkeit. Daraus sowie aus dem steigenden Anteil der

Unverheirateten resultiert der moderate Anstieg der Nichteheleichenquote. Die starken Verschiebungen in Skandinavien und Österreich lassen allerdings stärkere Einstellungs- und Verhaltensänderungen vermuten.

Aus soziologischer Sicht stellt sich die Frage, wie der feststellbare Anstieg der nichteheleichen Fruchtbarkeit und ihre unterschiedliche Verbreitung, also die zeitlichen und regionalen Schwankungen der Nichteheleicheit, durch soziale Veränderungen erklärt werden können. Frühe Studien behandelten »Illegimität« vor allem als moralisches Problem, etwa als Beispiel abweichenden Verhaltens (zuerst *Davis* 1939); oder man versuchte, bei unverheirateten Müttern Persönlichkeitsstörungen oder »character disorders« nachzuweisen (vgl. zusammenfassend *Chilman* 1979, 4f.; *Hartley* 1975, 70ff.; *Quay* 1981). Die behaupteten psychologischen Unterschiede zwischen verheirateten und unverheirateten Müttern verschwanden aber meist, sobald methodisch angemessene Vergleichsgruppen gebildet wurden:

»The conclusion seems inescapable that few, if any differences can be demonstrated in either intelligence, personality or psychopathology when unmarried pregnant girls are compared using appropriate methodologies to their nonpregnant peers« (*Quay* 1981, 87).

Zur Erklärung nichteheleicher Fruchtbarkeit können zunächst eine Reihe intermediärer Variablen herangezogen werden: der Anteil nichtverheirateter Frauen, das Ausmaß nichteheleicher sexueller Aktivität, die Verfügbarkeit und Anwendung von Geburtenkontrolle einschließlich Schwangerschaftsunterbrechung sowie die Wahrscheinlichkeit, daß im Falle einer nichteheleichen Schwangerschaft geheiratet wird. Einfluß und relatives Gewicht dieser intermediären Variablen variieren nach dem Alter der Mütter, aber auch nach regionalen und sozialen Kriterien. Dabei ist eine hohe Wirksamkeit normativer und (sub)kultureller Faktoren zu vermuten (vgl. *Kelly/Cutright* 1981). Die Veränderungen der Bedingungskonstellationen, die das generative Verhalten beeinflussen, lassen hinsichtlich der nichteheleichen Fruchtbarkeit keine eindeutigen Schlußfolgerungen zu. Einerseits zeigen sich fördernde Variablen wie der höhere Anteil unverheirateter Frauen, die Quasi-Normalität nichteheleicher Sexualität sowie eine abnehmende Bereitschaft, im Falle einer nichteheleichen Schwangerschaft zu heiraten, in Verbindung mit der Zunahme nichteheleicher Lebensgemeinschaften, welche besonders für Schweden festgestellt wurde (*Festy* 1978, 1982). Dem stehen andererseits verbesserte Möglichkeiten der Geburtenkontrolle und die normativen Verbindlichkeiten verantworteter Elternschaft gegenüber, welche wie im Fall der ehelichen Fruchtbarkeit die Wahrscheinlichkeit nichteheleicher Geburten reduzieren. Entscheidend scheint somit die Frage, inwieweit allgemeine oder subkulturelle Normen sowie die sozialpolitische Behandlung verheirateter und unverheirateter Mütter bzw. Paare zu einer scharfen Differenzierung zwischen ehelicher und nichteheleicher Fruchtbarkeit beitragen:

»Although it may be appealing to argue that an increase in the population of unmarried women simultaneously will increase the risk of illegitimate childbearing, such an argument does not address the question of motivation – that is, how does the cultural and social setting of a society affect unmarried women's motivation to reproduce?« (*Sklar* 1977, 361f.)

Bemerkenswert erscheinen Ergebnisse der sozialhistorischen Forschung, daß die heute beobachtbaren regionalen Unterschiede der nichteheleichen Fruchtbarkeit innerhalb und zwischen den nationalen Bevölkerungen zum großen Teil bereits im

19. Jahrhundert existierten, daß es sich also um historisch stabile Muster handelt (Mitterauer 1983; Laslett et al. 1980). Besonders beeindruckend ist die historische Kontinuität in Österreich, wo die Bundesländer Kärnten und Salzburg traditionell hohe, die östlichen Bundesländer Wien, Niederösterreich und das Burgenland sowie Vorarlberg dagegen niedrige Nichteheleichenquoten aufweisen (Kytir/Münz 1986; Haslinger 1982).

In der sozialgeschichtlichen Literatur wird auf eine Vielzahl institutioneller Regeln hingewiesen, deren Variation und Verbreitung mit der unterschiedlichen Häufigkeit von »Illegitimität« korreliert und deren Differenzen (vermittelt über den Einfluß auf das Heiratsalter, den Anteil lediger Personen, die Billigung/Mißbilligung vor-ehelicher Sexualität oder die Diskriminierung/Nichtdiskriminierung lediger Mütter und ihrer Kinder) plausibel machen: gesetzliche Heiratsbeschränkungen, die unterschiedliche Intensität religiöser oder moralistischer Strömungen, Eigenarten des Familien- oder Verwandtschaftssystems, der Arbeitsorganisation und des bäuerlichen Erbrechts.

Bemerkenswert ist nun, daß derartige historisch erklärliche Einstellungsunterschiede nach einigen Jahrzehnten starker Rückläufigkeit der »Illegitimität« heute wieder zum Tragen kommen.

»Was einst ökonomisch und für das soziale Zusammenleben funktional war, bestimmt hingegen bis heute als eine in ihrer ursprünglichen Bedeutung nicht mehr begriffene Tradition die kollektiven Normvorstellungen über Sexualität, Ehe und Familie und die Normalbiographie. Daraus erklärt sich die innerhalb Österreichs von Region zu Region höchst unterschiedliche Bereitschaft, unverheiratete Mütter und ihre Kinder zu akzeptieren. Daraus erklärt sich auch die unterschiedliche individuelle Bereitschaft, selbst eine uneheliche Geburt, den Verzicht auf die Heirat oder zumindest ein Hinausschieben der Eheschließung zu akzeptieren« (Kytir/Münz 1986, 7).

Während somit für Europa ein starker Einfluß (sub)kultureller und institutioneller Faktoren als nachgewiesen gelten kann, finden sich in der amerikanischen Diskussion um »Illegitimität« ganz andere Erklärungsansätze: Freshnock/Cutright (1979) unterscheiden »anomische«, »subgruppenspezifische« und »sozio-ökonomische« Erklärungsmodelle der »Illegitimität«, aus denen sich recht unterschiedliche sozialpolitische Schlußfolgerungen ableiten lassen (vgl. auch Cutright/Smith 1986). Die anomietheoretische Perspektive führt die zunehmende Illegitimität auf soziale Desintegration oder den Zusammenbruch tradierter Normensysteme in Gefolge sozialer Umbrüche (z.B. Urbanisierung, Migration) in Verbindung mit der Abnahme sozialer Kontrolle zurück. Die subgruppenspezifische Perspektive interpretiert Differenzen der »Illegitimität« als Ergebnis subkultureller Normen bezüglich des sexuellen Verhaltens, der Geburtenkontrolle oder der Heirat im Falle einer Schwangerschaft. Die sozio-ökonomische Perspektive analysiert die unterschiedlichen ökonomischen, sozialen und psychischen (Opportunitäts-)Kosten einer nicht-ehelichen Geburt: Je zugänglicher Alternativrollen, wie Erwerbstätigkeit oder Schulausbildung, für Frauen sind, je leichter der Zugang zur Geburtenkontrolle und je weniger öffentliche Unterstützung ledige Mütter erhalten, desto unwahrscheinlicher sind demzufolge nichteheliche Geburten. Empirische Untersuchungen erbringen Teilbestätigungen für alle drei Perspektiven.

Sehr umstritten ist der vor allem in den USA vermutete Zusammenhang zwischen

der Höhe sozialpolitischer Hilfen für ledige Mütter und dem Ausmaß nichtehelicher Geburten. So wird vermutet, daß durch das Wissen um soziale Unterstützung die Motivation zu effektiver Verhütung zurückgehe. Die empirische Evidenz stützt diese Vermutung jedoch nicht (vgl. *Chilman* 1979, 4; 1980, 798; *Freshnock/Cutright* 1979, 42f.; *Field* 1981; *Cutright/Smith* 1986, 573). Das Vorhandensein sozialpolitischer Unterstützungsleistungen kann allerdings die Optionsbreite im Falle einer Schwangerschaft, die Entscheidung »Abtreibung oder Geburt« bzw. für oder gegen eine »Muß-Ehe« beeinflussen (*Chilman* 1979, *Leibowitz et al.* 1986). Auch für Österreich stellten *Kytir/Münz* (1986) fest, daß sozialpolitische Maßnahmen zunächst nur dort zu einem Anstieg der nichtehelichen Fertilität geführt haben und auch dort eher in Anspruch genommen werden, wo traditionell hohe nichteheliche Geburtenzahlen anzutreffen sind und Nichtehelichkeit daher weniger als »Makel« gilt. Allerdings ist zu fragen, ob nicht die zunehmende Selbstverständlichkeit von Geburtenkontrolle und die in den meisten Ländern heute mögliche Schwangerschaftsunterbrechung aus sozialen Gründen sowie die gewandelten Einstellungen zu Ehe, Familie und Sexualität das herkömmliche Konzept der »Illegitimität« – nichteheliche Kinder als ungewollt und ungeplant – grundsätzlich in Frage stellen. Die zunehmende Entstigmatisierung nichtehelicher Mütter und Kinder und die wachsende Zahl von Kindern in nichtehelichen Lebensgemeinschaften dürfte auch die häufig konstatierten Folgen fehlender Ehelichkeit für die Entwicklung des Kindes und den weiteren Lebensweg der Mütter (vgl. *Crellin et al.* 1971; *Moore et al.* 1981; *Filinson* 1985) relativieren. In dem Maße wie – z. B. in Schweden – sich die kulturelle und juristische Differenz von ehelichen und nichtehelichen Lebensgemeinschaften einebnet, dürften auch die Konsequenzen dieser Differenz abnehmen. Inwieweit es sich hierbei allerdings um ein neues Phänomen handelt, inwieweit also von einer »Vorreiterrolle des Nordens« in der Umstrukturierung der Familienbeziehungen gesprochen werden kann, scheint angesichts der nachweisbaren Persistenz historischer Verhaltensmuster doch eher fraglich (vgl. *Trost* in diesem Band). Es bedürfte vertiefter, international vergleichender Untersuchungen des Zusammenhangs von nichtehelichen Geburten und Heiratsverhalten, um hier zu verlässlichen Einsichten zu gelangen.

### Literatur

- Andorka, R.*: Determinants of Fertility in Advanced Societies. London 1978 – *Birg, H.*: A Biography Approach to Theoretical Demography. Bielefeld 1987 – *Birg, H., Huinink, J., Koch, H., Vorholt, H.*: Kohortenanalytische Darstellung der Geburtenentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Bielefeld 1984 – *Birg, H., Koch, H.*: Der Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/New York 1987 – *Buhr, P., Strack, P., Strohmeier, K. P.*: Lebenslage und Alltagsorganisation junger Familien in Nordrhein-Westfalen. Bielefeld 1987 – *Chesnais, J. C.*: The Consequences of Modern Fertility Trends in the Member States of the Council of Europe. Straßburg 1985 – *Chilman, C. S.*: »Illegitimate Births to Adolescents. An Overview of Social and Psychological Research«. *Marriage and Family Review*, 2. Jg. 1979, 1–11 – *Chilman, R. S.*: »Social and Psychological Research Concerning Adolescent Childbearing: 1970–1980«. *Journal of Marriage and the Family*. 42. Jg. 1980, 793–805 – *Coale, A. J., Watkins, S.* (Hg.): The Decline of Fertility in Europe. The

Revised Proceedings of a Conference on the Princeton European Fertility Project. Princeton 1986 – *Crellin, E., Kellmer-Pringle, M. L., West, P.*: Born Illegitimate: Social and Educational Implications. London 1971 – *Cutright, P., Smith H. L.*: Trends in Illegitimacy in Five English-speaking Populations: 1940–1980. *Demography* 23. Jg. 1986, 563–578 – *Davis, K.*: »Illegitimacy and the Social Structure«. *American Journal of Sociology* 45. Jg. 1939, 215–233 – *Durkheim, E.*: Der Selbstmord, (fr. 1897) Neuwied. Berlin 1973 – *Easterlin, R. A.*: »Towards a Socioeconomic Theory of Fertility: A Survey of Recent Research on Economic Factors in American Fertility«. *Fertility and Family Planning: A World View*. Hg. *Behrmann, S. J., Corsa, L. jr. u. Freedman, R.* Ann Arbor 1969, 127–156 – *Festy, P.*: »Extra-marital Fertility and its Occurrence in Stable Unions: Recent Trends in Western Europe«. *Demographic Aspects of the Changing Status of Women in Europe*. Hg. *Niphuis-Nell*. Leiden, Boston, London 1978, 99–116 – *Festy, P.*: »Extra-marital Fertility and Cohabitation: Recent Trends in Western Europe«. *Nuptiality and Fertility, Proceedings of a Seminar held in Bruges (Belgium) 8.–11. Jan. 1979*. Hg. *T. Ruzicka*. Liège 1982, 175–194 – *Field, C.*: »A Socio-economic Analysis of Out-of-Wedlock Births among Teenagers«. *Teenage Mothers and their Offspring*. Hg. *Scott, G., Field, T., Robertson, G.* New York, London, Toronto, Sydney, San Francisco 1981, 15–33 – *Filinson, R.*: »Illegitimate Birth and Deprivation: Recent Findings from an Exploratory Study«. *Social Science and Medicine*, 20. Jg. 1985, 307–314 – *Freshnock, L., Cutright, P.*: »Models of Illegitimacy: United States, 1969«. *Demography*, 16. Jg. 1979, 37–47 – *Grunow, D.*: »Hilfe zwischen den Generationen als Bezugspunkt der Sozialpolitik«. *Staatliche Sozialpolitik und Familie*. Hg. *Kaufmann, F.-X.* München, Wien 1982, 213–242 – *Grunwald, M., Schiebel, B., Strohmeier, K. P.*: Familienentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Modellierung und Mikrosimulation mit Paneldaten. Bielefeld 1988 – *Hartley, S. F.*: Illegitimacy. Berkeley, London 1975 – *Haslinger, A.*: »Uneheliche Geburten in Österreich. Historische und regionale Muster«. *Demographische Informationen*. Hg. Institut für Demographie, Österreichische Akademie der Wissenschaften. Wien 1982, 2–34 – *Heckerens, H. P.*: »Generatives Verhalten Wiederverheirateter«. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 12. Jg. 1986, 503–517 – *Heilig, G.*: »Die Heiratsneigung lediger Frauen in der Bundesrepublik Deutschland: 1950–1984«. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 11. Jg. 1985, 519–547 – *Höhn, C., Schulz, R.*: »Bericht zur demographischen Lage in der Bundesrepublik Deutschland«. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 13. Jg. 1987, 137–213 – *Höhn, C., Mammey, U., Schwarz, K.*: »Die demographische Lage in der Bundesrepublik Deutschland«. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 6. Jg. 1980, 141–225 – *Hoffmann-Nowotny, H. J., Höpflinger, F., Kühne, F., Ryffel-Gericke, C., Erni-Schneuwly, D.*: Planspiel Familie – Familie, Kinderwunsch und Familienplanung in der Schweiz. Diessenhofen 1984 – *Jürgens, H. W., Pohl, K.*: Kinderzahl – Wunsch und Wirklichkeit. Stuttgart 1975 – *Kaufmann, F.-X.*: Makro-soziologische Überlegungen zu den Folgen eines Bevölkerungsrückgangs in industriellen Gesellschaften«. *Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität*. Hg. *Kaufmann, F.-X.* Stuttgart 1975, 45–71 – *Kaufmann, F.-X.*: »Familiäre Konflikte und gesellschaftliche Spannungsfelder«. *Der Mensch in den Konfliktfeldern der Gegenwart*. Hg. Landeszentrale für politische Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen. Köln 1975 a, 165–188 – *Kaufmann, F.-X.*: »Familie und Modernität«. *Die »postmoderne« Familie. Familiäre Strategien und Familienpolitik im Übergang*. Hg. *Lüscher, K., Schultheis, F., Wehrspau, M.* Konstanz 1988, 391–415 – *Kaufmann, F.-X.*: »Sozialpolitik und Bevölkerungsprozeß«. *Sterben wir aus? Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland*. Hg. *Heck, B.* Freiburg i. Br. 1988 a, 99–111 – *Kaufmann, F.-X., Herlth, A., Quitmann, J., Simm, R., Strohmeier, K. P.*: »Familienentwicklung – generatives Verhalten im familialen Kontext«. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 8. Jg. 1982, 523–545 – *Kaufmann, F.-X., Quitmann, J., Schulz, M., Simm, R., Strohmeier, K. P.*: Familienentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Sozialräumliche Kontexte, Modellierung und Mikrosimulation. Bielefeld 1984 – *Kaufmann, F.-X., Strohmeier, K. P., Buhr, P., Grunwald, M., Schiebel, B., Simm, R., Strack, P.*: Partnerbeziehungen und Familienentwicklung in Nordrhein-Westfalen. *Generatives Verhalten im sozialen und regionalen Kontext*. Düsseldorf 1988 – *Kelly, W. R., Cutright, P.*: »Illegitimacy in Sweden and Australia 1911–1974«. *Comparative Social Research*. 4. Jg. 1981, 219–242 – *Kiefl, W., Schmid, J.*: Empirische Studien zum

generativen Verhalten: Erklärungsbefunde und theoretische Relevanz. Boppard am Rhein 1985 – Köcher, R.: Einstellungen zu Ehe und Familie im Wandel der Zeit. Hg. Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung Baden-Württemberg, Stuttgart 1985 – Kytir, J., Laslett, P., Oosterveen, K., Smith, R. M.: Bastardy and its Comparative History. London 1980. Keyfitz. Liège 1984, 99–108 – Leibowitz, A., Eisen, M., Chow, W. K.: »An Economic Model of Teenage Pregnancy Decision-making«. Demography 23. Jg. 1986, 67–77 – Langsfeld, W., Linke, W., Pohl, K.: Familienbildung in der Bundesrepublik Deutschland: Ergebnisse der Panelstudie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. Boppard 1988 – Linde, H.: Theorie der säkularen Nachwuchsbeschränkung 1800 bis 2000. Frankfurt/New York 1984 – Loy, G.: Theoretische Ansätze zur Erklärung des veränderten generativen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 1981 – Lüscher, K., Wehrspau, M.: »Familie und Zeit«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 12. Jg. 1986, 239–256 – Lüscher, K., Schulteis, F., Wehrspau M. (Hg.): Die »postmoderne« Familie. Familiäre Strategien und Familienpolitik im Übergang. Konstanz 1988 – Mackensen, R.: »Das generative Verhalten im Bevölkerungsrückgang«. Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität. Hg. Kaufmann, F.-X. Stuttgart 1971, 82–104 – Marschalck, P.: Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M. 1984 – Matz, K. J.: Pauperismus und Bevölkerung: Die gesetzlichen Ehebeschränkungen in den süddeutschen Staaten während des 19. Jahrhunderts. Stuttgart 1980 – Meadows, D., Meadows, D., Zahn, E., Milling, P.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart 1972 – Mitterauer, M.: Ledige Mütter. Zur Geschichte unehelicher Geburten in Europa. München 1983 – Mitterauer, M., Sieder, R.: Vom Patriarchat zur Partnerschaft. München 1977 – Moore, K. A., Hofferth, S. L., Wertheimer, R. F., Waite, L. J., Caldwell, S. B.: »Teenage Childbearing: Consequences for Women, Families and Government Welfare Expenditures«. Teenage Parents and their Offspring. Hg. Scott, K. S., Field, T., Robertson, E. G. New York, London, Toronto, Sydney, San Francisco 1981, 35–54 – Münz, R.: »Illegitimität in Österreich«. In: Demographische Informationen 1986, 7–21 – Oppitz, G.: Kind oder Konsum? Eine ökonomisch-psychologische Studie zur Verhaltensrelevanz von Werthaltungen junger Ehepaare. Boppard a. Rh. 1984 – Parsons, T.: »The Social Structure of the Family«. The Family: its Function and Destiny. Hg. Anshen, R. N. New York 1959 (1949) 2. Aufl., 241–274 – Proebsting H.: »Die nichtehelichen Kinder«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 12. Jg. 1986, 405–411 – Quay, H. C.: »Psychological Factors in Teenage Pregnancy«. Teenage Parents and their Offspring. Hg. Scott, K. S., Field, T., Robertson, E. G. New York, London, Toronto, Sydney, San Francisco 1981, 73–90 – Rosenbaum, H.: Formen der Familie: Untersuchungen zum Zusammenhang von Familienverhältnissen, Sozialstruktur und sozialem Wandel in der deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts. Frankfurt 1982 – Rosenstiel, L. v.: »Psychologische Untersuchung zum Geburtenrückgang in der Bundesrepublik Deutschland«. Geburtenrückgang – besorgniserregend oder begrüßenswert? Hg. Olechowsky, R. Wien, Freiburg, Basel 1980, 167–185 – Rothenbacher, F.: »Haushalt, funktionale Differenzierungsprozesse und soziale Ungleichheit – Evolutionäre Wandlungsprozesse«. Zeitschrift für Soziologie 16. Jg. 1987, 450–466 – Scheller, G.: »Erklärungsversuche des Wandels im Heirats- und Familiengründungsverhalten seit 1950«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 11. Jg. 1985, 549–576 – Schmid, J.: Bevölkerung und soziale Entwicklung: Der demographische Übergang als soziologische und politische Konzeption. Boppard am Rhein 1984 – Schmid, J.: »Zur soziologischen Konzeption menschlicher Fruchtbarkeit«. Ursachen des Geburtenrückgangs – Aussagen, Theorien und Forschungsansätze zum generativen Verhalten. Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Bd. 63, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1979, 77–92 – Schulze, H. J.: Autonomiepotentiale familialer Sozialisation. Stuttgart 1985 – Schumacher, J., Vollmer, R.: »Differenzierungs- und Entdifferenzierungsprozesse im Familiensystem«. Soziale Differenzierung: Langzeitanalysen zum Wandel von Politik, Arbeit und Familie. Hg. Hondrich, K. O. Frankfurt/New York 1982, 210–352 – Schumacher, J., Vollmer, R.: »Partnerwahl und Partnerbeziehung: Die Gravitation des Partnermarktes und ihre demographischen Folgen«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 7. Jg. 1981, 499–518 – Schwarz, K.: »Eltern und Kinder in unvollständigen Familien«. Zeitschrift für

Bevölkerungswissenschaft. 10. Jg. 1984, 3-36 - *Simm, R.*: Partnerschaftsdynamik und Familienentwicklung. Die interne Dynamik von Partner- und Familiensystemen und ihre strukturellen Bedingungen und Folgen. Bielefeld 1987 - *Sklar, J.*: »Marriage and Nonmarital Fertility: a Comparison of Ireland and Sweden«. Population and Development Review. 3. Jg. 1977, 359-376 - Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Ökonomische Rahmenbedingungen der Familien. Stuttgart 1986 - *Strohmeier, K. P.*: Familienentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Generatives Verhalten im sozialen und regionalen Kontext. Düsseldorf 1985 - *Strohmeier, K. P.*: »Geburtenrückgang als Ausdruck von Gesellschaftswandel«. Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1988, 55-83 - *Tyrell, H.*: »Probleme einer Theorie der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung der privatisierten modernen Kernfamilie«. Zeitschrift für Soziologie 5. Jg. 1976, 393-417 - *Tyrell, H.*: »Familie und gesellschaftliche Differenzierung.« Familie wohin? Leistungsdefizite und Leistungswandlungen der Familie in hochindustrialisierten Gesellschaften. Hg. *Pross, H.* Reinbek 1979, 13-78 - *Vorholt, H.*: Die Erklärung des generativen Verhaltens durch Richard A. Easterlin. Bielefeld 1984 - *Voss, H.-G., Mayer, H.-J.*: »Geschlecht des Kindes und Geburtenintervalle in Mehrkindfamilien«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 13. Jg. 1987, 491-503 - *Wagner, A.*: »Die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung«. Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1988, 103-115 - *Zimmermann, K. F.*: »Die ökonomische Theorie der Familie«. Beiträge zur Bevölkerungsökonomie. Hg. von *Burg, H., Felderer, B.* et al. Berlin 1986, Skripten des Vereins für Sozialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Bd. 153, 11-63.